

Antrag

der Abg. Dr. Heiner Merz u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Fachkräftemangel in Lehrberufen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob sie die in der jeweiligen Schulform vermittelten Lerninhalte für die Anforderungen der Lehrberufe für ausreichend hält;
2. wie viele Lehren in Baden-Württemberg abgebrochen werden;
3. welche Gründe der Landesregierung für die Abbrüche der Lehren bekannt sind;
4. welche Maßnahmen in der Schule eingeleitet werden, um das Abschlussniveau an Schulen insbesondere in sogenannten Mintfächern zu erhöhen;
5. ob und welche Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums es gibt, um die Zahl der Abbrüche zu verringern;
6. wie sich das „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ) auf die Auswahl von Lehrberufen und die mögliche Abbruchrate auswirkt;
7. ob als Alternative zum FSJ auch ein „Freiwilliges Technisches Jahr“ möglich wäre, um interessierten Jugendlichen eine fundierte Hilfe zur beruflichen Entscheidungsfindung zu bieten;
8. was die Landesregierung unternimmt, um die Attraktivität von Lehrberufen zu erhöhen.

16.07.2019

Dr. Merz, Wolle, Baron, Dr. Baum, Stauch AfD

Begründung

Mittelstandsunternehmen finden immer schwerer Auszubildende. Diese Problematik trifft vor allem mittelständische Unternehmen in der Provinz. Dies lässt sich schon daran erkennen, dass im letzten Jahr 57.700 Stellen unbesetzt blieben – fast 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Hauptproblem ist, dass in der Provinz mehr Azubis fehlen als in den Städten des Landes. Doch vor allem in der Provinz sind bis heute sehr viele mittelständische Unternehmen angesiedelt, die hierdurch unter einem zunehmenden Fachkräftemangel leiden. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren verstärkt, da immer mehr Schülerinnen/Schüler an die Gymnasien drängen und von dort an Hochschulen oder Universitäten, was den Mittelstand zunehmend belastet. Dieser Antrag soll dazu dienen, den aktuellen Stand und die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich näher zu beleuchten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. August 2019 Nr. 22-6000.0/811 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung.

1. ob sie die in der jeweiligen Schulform vermittelten Lerninhalte für die Anforderungen der Lehrberufe für ausreichend hält;

Zu 1.:

In der dualen Berufsausbildung in Baden-Württemberg erfolgt der berufsbezogene Unterricht in den Fachklassen der Berufsschulen nach berufsspezifischen Bildungsplänen auf Grundlage der entsprechenden Rahmenlehrpläne der Kultusministerkonferenz. Die Rahmenlehrpläne werden durch länderübergreifende Fachausschüsse entwickelt und mit den Ausbildungsordnungen des Bundes abgestimmt. Ihre Inhalte sind an den konkreten beruflichen Kompetenzanforderungen der Ausbildungsberufe orientiert, wobei auch ein Einbezug neuer technologischer Anforderungen ermöglicht wird. Zudem wird durch ein hohes fachwissenschaftliches Ausbildungsniveau der Lehrkräfte an beruflichen Schulen und durch ein umfangreiches Fortbildungsangebot in berufs- und überfachlichen Kompetenzbereichen sichergestellt, dass der Unterricht auf die Entwicklungen in der Arbeitswelt abgestimmt ist.

Im Rahmen der dualen Berufsausbildung sind seit Jahrzehnten Verfahren zur Neuordnung von Ausbildungsberufen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung etabliert. Erforderliche Aktualisierungen bei den Ordnungsmitteln für die duale Berufsausbildung werden unter Beteiligung der Sozialpartner, also letztlich der Verantwortlichen aus den Betrieben und der Beschäftigten, vorgenommen. Zur Qualitätssicherung der Ordnungsarbeit übernimmt das Bundesinstitut für Berufsbildung wichtige Aufgaben, indem Praxis- und Anwendungstauglichkeit der entwickelten Ordnungsmittel untersucht und wichtige Hinweise für die Gestaltung neuer Ordnungsmittel gegeben werden.

2. wie viele Lehren in Baden-Württemberg abgebrochen werden;

Zu 2.:

Wie viele Auszubildende die Ausbildung endgültig abbrechen, ist nicht bekannt. Ermittelt werden kann die Zahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg gab es 2018 in Baden-Württemberg 190.960 Auszubildende. Dabei kam es zu 18.390 vorzeitigen Vertragslösungen.

Die Zahl der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse beinhaltet auch Betriebswechsler (gleicher Ausbildungsberuf in einem anderen Betrieb) und Berufswechsler (der Auszubildende beginnt eine andere berufliche Ausbildung). Es ist nicht möglich, nachzuverfolgen, welche Personen die Ausbildung endgültig abgebrochen haben.

3. welche Gründe der Landesregierung für die Abbrüche der Lehren bekannt sind;

Zu 3.:

Nach einer vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beim Institut für angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) in Auftrag gegebenen Studie zu den Ursachen für die vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen in Baden-Württemberg führen in erster Linie Schwierigkeiten bei der Berufswahlentscheidung der jungen Menschen dazu, dass nicht den eigenen Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildungsberufe gewählt und in der Folge Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst werden. Gründe sind außerdem Konflikte mit dem Ausbildungspersonal oder den Arbeitskolleginnen/Arbeitskollegen sowie eine von den Betrieben festgestellte mangelnde Ausbildungsreife unter den Auszubildenden. Daneben tragen auch persönliche oder gesundheitliche Gründe zur vorzeitigen Auflösung von Ausbildungsverträgen bei.

4. welche Maßnahmen in der Schule eingeleitet werden, um das Abschlussniveau an Schulen insbesondere in sogenannten Mintfächern zu erhöhen;

Zu 4.:

Die frühzeitige und durchgängige MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) von Schülerinnen und Schülern wie auch die Qualitätssicherung der Bildungsabschlüsse ist ein bedeutendes Anliegen der Bildungspolitik in Baden-Württemberg, das von der Grundschule bis zum jeweiligen Bildungsabschluss verfolgt wird. Dies wird im Folgenden exemplarisch anhand verschiedener Maßnahmen zur MINT-Förderung verdeutlicht.

Mit Blick auf die allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg setzt die Förderung des MINT-Bereichs bereits im Sachunterricht der Grundschule an. Im Rahmen verbindlich vorgeschriebener Experimente entdecken und erkunden die jungen Schülerinnen und Schüler naturwissenschaftlich-technische Phänomene. Zudem besteht in der Grundschule eine fächerübergreifende Förderung des MINT-Bereichs innerhalb themenorientierter Projekte oder Arbeitsgemeinschaften, die teilweise durch außerschulische Angebote ergänzt werden.

In den Klassenstufen 5 und 6 der weiterführenden Schularten wird der Fächerverbund „Biologie, Naturphänomene und Technik“ (BNT) angeboten. Neben Schwerpunktthemen der Biologie werden darin chemische, physikalische und technische Inhalte behandelt und eine motivierende, kindgerechte und propädeutische Heranführung an die später weiterzuführenden Fachdisziplinen ermöglicht. Im Rahmen des Bildungsplans 2016 werden darauf aufbauend in den weiterführenden Schularten von Klassenstufe 7 bis 10 Biologie, Chemie und Physik als eigenständige Fächer unterrichtet. Das selbstständige Experimentieren wird an den Hauptschulen/Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen ab Klasse 7 auch im optional belegbaren Wahlpflichtfach Technik weitergeführt. An den Gemeinschaftsschulen und den allgemein bildenden Gymnasien wird ab Klasse 8 das optional belegbare Profilmfach „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT) unterrichtet, dessen Schwerpunkt ebenfalls auf naturwissenschaftlich-technischen Inhalten liegt.

Im Rahmen der Werkrealschulabschluss- und Realschulabschlussprüfung finden schriftliche Abschlussprüfungen im Fach Mathematik und neu ab dem Schuljahr 2020/2021 auch im Wahlpflichtfach Technik statt. Im Wahlpflichtfach Technik legen die Schülerinnen und Schüler sowohl eine schriftliche als auch eine fachpraktische Prüfung ab.

Daneben ist angesichts der fortschreitenden Digitalisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen die Verankerung von Informatik im Curriculum der Schulen ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Für alle Schularten ist eine fachübergreifende Leitperspektive „Medienbildung“ in die Bildungspläne integriert. Ein Aufbaukurs Informatik in Klasse 7 wurde mit Beginn des Schuljahres 2017/2018 an den allgemein bildenden Gymnasien eingeführt und mit dem Schuljahr 2018/2019 auf alle weiterführenden Schularten der Sekundarstufe I ausgedehnt.

Darauf aufbauend wird ab dem Schuljahr 2019/2020 an den Hauptschulen/Werkrealschulen und Realschulen schrittweise ein neues Wahlfach Informatik eingeführt, das die Schülerinnen und Schüler optional zusätzlich belegen können.

An den allgemein bildenden Gymnasien besteht seit dem Schuljahr 2018/2019 die Möglichkeit, für die Klassenstufen 8 bis 10 ein neues Profulfach „Informatik, Mathematik, Physik“ (IMP) anzubieten, welches Inhalte der Informatik sowie mathematische und physikalische Kompetenzen vertieft und miteinander vernetzt. Im Schuljahr 2019/2020 folgt die Einführung dieses Profulfachs auch an der Gemeinschaftsschule.

Im Bereich der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg weisen sich zahlreiche Berufskollegs sowie die Beruflichen Gymnasien in vier ihrer sechs Richtungen (Technisches Gymnasium, Ernährungswissenschaftliches Gymnasium, Biotechnologisches Gymnasium, Agrarwissenschaftliches Gymnasium) durch ein grundlegend naturwissenschaftlich-technisches Profil aus. Die zweijährige zur Fachschulreife führende Berufsfachschule bietet im gewerblich-technischen Bereich, im kaufmännischen Bereich und in den Bereichen Hauswirtschaft und Ernährung, Gesundheit und Pflege sowie Ernährung und Gastronomie eine berufliche Grundbildung, die Schülerinnen und Schüler für naturwissenschaftlich-technische Fächer und für MINT-Berufe begeistern soll.

Im Rahmen eines mehrjährigen Schulversuchs zum Einsatz von Tablets im Unterricht („tabletBS“) werden derzeit an 40 beruflichen Vollzeitschulen der Sekundarstufe II Kompetenzen im Bereich der Digitalisierung gestärkt. Seit dem Schuljahr 2016/2017 fördert das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zudem ein Pilotprojekt zur Nutzung von Tablets in der dualen Ausbildung („tabletBS.dual“). Dadurch sollen in der Berufsschule die Einsatzmöglichkeiten von Tablets in den Bereichen der berufsfachlichen Kompetenz entwickelt und erprobt werden, wobei auch Ausbildungsbetriebe in das Projekt einbezogen werden können.

Um Auszubildende auf die veränderten Bedingungen durch die Industrie 4.0 vorzubereiten, fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau derzeit landesweit 37 Lernfabriken an beruflichen Schulen des Landes. Bei der Lernfabrik 4.0 handelt es sich um ein Labor, das im Aufbau und in der Ausstattung industriellen Automatisierungslösungen gleicht und in welchem anwendungsnahe Prozesse simuliert werden können. Die Auszubildenden werden dort an die Bedienung von Anlagen auf der Basis realer Industriestandards herangeführt.

5. ob und welche Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums es gibt, um die Zahl der Abbrüche zu verringern;

Zu 5.:

Die unter Ziffer 8 genannten Maßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zur beruflichen Orientierung tragen präventiv dazu bei, falsche Berufswahlentscheidungen zu vermeiden und damit eine wesentliche Ursache für Ausbildungsabbrüche zu beheben. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau empfiehlt außerdem, dass Schülerinnen und Schüler von der Möglichkeit von Praktika Gebrauch machen und dass Betriebe Schülerinnen und Schülern Praktika anbieten. Dadurch erhalten die jungen Menschen Einblick in die betriebliche Praxis und die Betriebe können potenzielle Auszubildende kennenlernen. Auf diesem Wege kann späteren Ausbildungsabbrüchen vorgebeugt werden.

Zur Vermeidung von Abbrüchen während der Ausbildung fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Rahmen der Initiative „Erfolgreich ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ landesweit in regionalen Projekten über zwanzig Ausbildungsbegleiterinnen und Ausbildungsbegleiter, welche

Auszubildende und deren Betriebe unterstützen mit dem Ziel, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Ist ein Abbruch nicht zu vermeiden, so werden gemeinsam geeignete Anschlussperspektiven entwickelt und umgesetzt. Zusätzlich wird durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg landesweit eine Koordinierungsstelle beim Baden-Württembergischen Handwerkstag gefördert. Im Verlauf des Projekts wurden bislang über 1.800 Auszubildende begleitet.

Außerdem fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds das Projekt „Wir Gastfreunde“ des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. Ziel ist es, Jugendlichen die vielfältigen Chancen und Möglichkeiten einer dualen Ausbildung in den Berufen des Gastgewerbes aufzuzeigen und sie in ihrer Ausbildung zu unterstützen. Die Maßnahmen zielen auch darauf ab, Ausbildungen zu begleiten und zu unterstützen, um mögliche Abbrüche zu vermeiden. Dabei besteht für die Auszubildenden die Möglichkeit, mit geschulten Ansprechpartnern Fragen zu ihrer Ausbildung zu klären.

6. wie sich das „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ) auf die Auswahl von Lehrberufen und die mögliche Abbruchrate auswirkt;

Zu 6.:

Nach Erkenntnissen der Landesregierung lässt sich kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und der Auswahl von Ausbildungsberufen herstellen. Das FSJ ist als Bildungs- und Orientierungsjahr definiert und konzipiert. Nach einer Evaluation zum Bundes- und Jugendfreiwilligendienst erleben Teilnehmende ihre Erfahrungen des Freiwilligendienstes vor allem für ihre persönliche Entwicklung als wichtig. Darüber hinaus kann die Mitarbeit der Freiwilligen in ihren Einsatzstellen dazu beitragen, dass sich die Jugendlichen vor ihrer Berufsentscheidung mit den in der Einsatzstelle gegebenen beruflichen Optionen auseinandersetzen. Diese liegen vor allem im sozialen, kulturellen oder im Sportbereich. Derzeit liegen jedoch keine gesicherten Erkenntnisse vor, inwieweit durch einen Freiwilligendienst die Orientierung zu einem bestimmten Beruf stattfindet.

Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen dem FSJ und Ausbildungsabbrüchen liegen der Landesregierung nicht vor.

7. ob als Alternative zum FSJ auch ein „Freiwilliges Technisches Jahr“ möglich wäre, um interessierten Jugendlichen eine fundierte Hilfe zur beruflichen Entscheidungsfindung zu bieten;

Zu 7.:

Mit einem freiwilligen Technischen Jahr sollen junge Menschen, insbesondere in technischen Berufen unterrepräsentierte Mädchen und junge Frauen, für technische Berufe gewonnen werden. Ein freiwilliges Technisches Jahr ist keine Alternative zum FSJ, da in der Regel die für die Anerkennung als Einsatzstelle erforderliche Gemeinwohlorientierung nicht gegeben ist.

8. was die Landesregierung unternimmt, um die Attraktivität von Lehrberufen zu erhöhen.

Zu 8.:

Kenntnisse über die Vielfalt und Attraktivität der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten und Ausbildungsberufe sind Bestandteil der beruflichen Orientierung an allen allgemein bildenden Schulen des Landes. Die Schülerinnen und Schüler sollen eine berufliche Ausbildung mit anschließenden Karriereperspektiven als gleichwertige Alternative zu einem Studium an einer Hochschule erkennen. Verschiedene Kooperationspartner wie Kammern und Sozialpartner unterstützen die Schulen bei der Planung, Gestaltung und Umsetzung der beruflichen Orientierung. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hat in den neuen Bildungs-

plänen seit dem Schuljahr 2016/2017 die Leitperspektive „Berufliche Orientierung“ verankert und ein neues Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ in allen weiterführenden Schulen, auch den Gymnasien, eingeführt. Seit 2018 gibt es zudem ein neues Landeskonzept zur Beruflichen Orientierung zwischen dem Land und der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, um diese weiter im schulischen Unterricht zu integrieren.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert außerdem die Initiative Ausbildungsbotschafter. Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter sind Auszubildende, die an allen allgemein bildenden Schulen, auch den Gymnasien, ihre Berufe vorstellen und die Chancen einer betrieblichen Ausbildung beleuchten. Gefördert werden landesweit 25 regionale Koordinatorinnen und Koordinatoren, die die Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter gewinnen, schulen und deren Schuleinsätze koordinieren, sowie eine Leitstelle beim Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag. Bislang haben Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter aus 220 Berufen landesweit in rund 14.200 Schuleinsätzen mehr als 362.500 Schülerinnen und Schüler erreicht. Derzeit sind rund 4.900 Ausbildungsbotschafterinnen und Ausbildungsbotschafter aktiv.

In der vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau geförderten virtuellen Ausbildungskampagne „*gut-ausgebildet.de*“ sollen Jugendliche für eine duale Ausbildung begeistert werden. In jugendgerechten Filmen stellen Auszubildende rund 80 Berufe vor.

Im Rahmen des Programms „Pro Beruf – Berufserprobung in überbetrieblichen Bildungsstätten“ fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau landesweit Praxiswochen von Schülerinnen und Schülern allgemein bildender Schulen in überbetrieblichen Bildungsstätten. Die Schülerinnen und Schüler können sich dort in Werkstätten in verschiedenen Berufen erproben, wodurch ihr Interesse an Ausbildungsberufen geweckt und verstärkt werden kann.

Da Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder eine besondere Rolle spielen, wendet sich das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit der Kampagne „Ja zur Ausbildung“ gezielt an die Eltern junger Menschen, um aufzuzeigen, welche Karrierechancen eine Ausbildung bietet. Auf der Internetseite www.ja-zur-ausbildung.de sind Informationen zur Berufsausbildung speziell für die Eltern aufbereitet, damit diese in ihrer beratenden Funktion gestärkt werden.

Außerdem werden seit 2015 auch Senior-Ausbildungsbotschafterinnen und -Ausbildungsbotschafter eingesetzt. Dies sind Beschäftigte und Führungskräfte aus der Wirtschaft, die ihre berufliche Karriere mit einer Berufsausbildung begonnen haben und auf Elternabenden über die Chancen einer betrieblichen Ausbildung informieren. Die Senior-Ausbildungsbotschafterinnen und -Ausbildungsbotschafter haben bisher bei mehr als 360 Elternveranstaltungen über 13.200 Eltern erreicht.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau